SITZUNGSVORLAGE

Gremium **Gemeinderat**
öffentlich am 01.10.2018

Drucksache Nr. **2018/205**
Federführung Stadtbauamt Fachbereich
Stadtplanung
Sachbearbeiter Ludwig Petzoldt
Stand 20.09.2018
Aktenzeichen 613.21
Mitwirkung

Fortschreibung der Plansätze zu Rohstoffabbau und Rohstoffsicherung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben: Stellungnahme

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Stellungnahme an den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben zu senden.

Sachdarstellung

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben beteiligt die Stadt an der Fortschreibung der Plansätze zu Rohstoffabbau und Rohstoffsicherung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben.

Nach Durchsicht und Prüfung der Unterlagen auf der Website des Regionalverbandes sowie nach Abstimmung mit den Herren Bürgermeister Smigoc (Vogt) und Moll (Amtzell) soll wie folgt Stellung genommen werden:

- Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben hat am 15.12.2017 beschlossen, das Beteiligungsverfahren für die Plansätze zu Rohstoffabbau und Rohstoffsicherung im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans vorzuziehen.
- Auf Gemarkung der Stadt Wangen im Allgäu befinden sich die drei Rohstoffgewinnungsstellen Grenis auf Gemarkung Karsee, Schweinberg auf Gemarkung Karsee sowie Kiesgrub auf Gemarkung Neuravensburg.
- Die Ausweisung des Vorranggebietes für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe am Standort Grenis festigt den Standort auf weitere Jahre, ebenso wie das Zufahren von Kies aus dem neuen Standort Grund.
- Damit einher geht auch die weitere Nutzung der Asphaltmischanlage in Grenis, bei der die Belange der Nachbarschaft auf Immissionsschutz derzeit nicht ausreichend erfüllt werden.
- Der weiteren Ausweisung des Standortes Grenis kann nur zugestimmt werden, wenn die Belange des Nachbarschutzes berücksichtigt werden.

- Dies schließt den Immissionsschutz bezüglich des Standortes und der Zuwegungen ein.
- Die Befuerung der Asphaltmischanlage sollte nicht mit Braunkohlestaub, sondern über die bestehende Gasleitung erfolgen.
- Auf unsere Anfrage mit den Bürgermeistern Smigoc, Binder, Buemann, Liebmann, Röger, Müller und Moll beim Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bezüglich der Sicherung der Wasserversorgung wurde uns eine nachhaltige und langfristige Sicherung der Wasserversorgung in der Region Bodensee-Oberschwaben dargestellt. Eine Rohstoffsicherung für den Bereich Kiese und Sande kann demnach nur dann gewährleistet werden, wenn auch Gebiete mit wasserrechtlichen Vorbehalten in die Planung einbezogen werden. Der Grundwasserschutz werde im Genehmigungsverfahren des Landratsamtes geklärt.
- Die Stadt Wangen im Allgäu schließt sich der Stellungnahme der Gemeinde Vogt an, die Einschätzung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben nicht zu teilen, die einen Neuaufschluss am Standort „Grund“ in der Gesamtabwägung unter dem Hinweis auf die Pflicht zur Sicherstellung des regionalen Rohstoffsbedarfs für „vertretbar“ hält. Die Notwendigkeit des ausgewählten Standorts wird vor allem mit der Versorgung der Anlagen in Grenis begründet.
- Die Sicherstellung der Versorgung der Anlage in Grenis ist bereits kein legitimes Planungsziel. Die Anlagen in Grenis sind ortsgebundene Betriebe, so dass dort nur die unmittelbar vor Ort gewonnenen Rohstoffe verarbeitet und verwertet werden dürfen.
- Selbst wenn das Planungsziel anzuerkennen wäre, könnten die massiven Eingriffswirkungen am Standort Grund nicht gerechtfertigt werden. Die Ausweisung des Vorranggebiets hätte einen Neuaufschluss in einem bislang vollständig unbelasteten Bereich zur Folge, der zu ganz erheblichen Beeinträchtigungen eines besonders schützenswerten Landschaftsbildes, zum Verlust erhaltenswerter geomorphologischer Elemente, zu einem massiven Eingriff in Grund und Boden und damit vor allem zur Zerstörung des natürlichen Schutzes des Wasserspeichers im Altdorfer Wald führen würde. Hinzu kommen artenschutzrechtliche Bedenken und Defizite bezüglich der verkehrlichen Erschließung des Standorts. Das angestrebte „Satellitenkonzept“ zieht ungelöste Verkehrsprobleme nach sich, deren Bewältigung nicht vollständig auf die Genehmigungsebene verschoben werden kann.
- Das Vorranggebiet für den Rohstoffabbau „Grund“ ist im weiteren Verfahren auszuschließen.

Finanzielle Auswirkungen

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen

keine